Satzung

für den

Fabrikanten-Verein für Hannover, Linden und die benachbarten Kreise

nach den

Beschlüssen der Generalversammlung vom 8. April 1903.

§ 1.

Zweck des Vereins ist:

- I. Wahrnehmung der allgemeinen Interessen der nationalen und insbesondere der lokalen Industrie;
- II. gegenseitiger Schutz der Vereinsmitglieder gegen unberechtigte Forderungen oder Bestrebungen der Arbeiter;
- III. Förderung der Arbeiter-Interessen besonders durch Unterstützung von Vereinen und wohlthätigen Einrichtungen jeder Art, welche den Arbeitern nützlich sind.

A.
Zweck des Vereins

§ 2.

Mitglied des Fabrikanten-Vereins kann jeder selbständige Fabrikant einschließlich der Aktien-Gesellschaften und Handelsfirmen werden, insofern er im Vereinsbezirke domiziliert ist und diese Satzung durch seine Namensunterschrift anerkennt.

Der Vorstand entscheidet darüber, ob die Vorbedingungen der Aufnahme vorhanden sind, und stellt danach die Mitgliedskarte aus.

B.
Mitgliedschaft.

§ 3.

Der Austritt aus dem Vereine erfolgt durch schriftliche Kündigung an den Vorsitzenden des Vorstandes vor dem 1. Juli jeden Jahres auf den nächstfolgenden 1. Januar.

Einem ausgetretenen Mitgliede steht kein Anspruch an das Vereinsvermögen zu. Beim Ausscheiden oder Konkurse eines Mitgliedes bleibt der Bestand des Vereins unberührt.

§ 4.

Die zur Erfüllung der Vereinszwecke nötigen Geldmittel sind zu beschaffen:

1. durch die regelmäßigen Beiträge der Mitglieder; diese betragen für jedes ordentliche Mitglied, insofern es nicht über 30 Arbeiter (männliche und weibliche) beschäftigt, für das Jahr 20 M., weiter je 60 S. für jeden Arbeiter über 30 bis zum Höchstbetrage von 400 M. für den einzelnen Betrieb. Der Vorstand ist befugt, für jedes einzelne Jahr die Beiträge herabzusetzen. Diejenigen Mitglieder, welche ihre Arbeiter nur während eines Theiles des Jahres beschäftigen, wie Ziegeleien, Zuckerrfabriken etc.,

C.
Beschaffung der Mittel.

- können die Gesamtzahl der Arbeiter nach Verhältnis der kürzeren Arbeitsperiode reduziert angeben und die Beiträge nur für diese so reduzierte Zahl leisten;
 II. durch außerordentliche freiwillige Beiträge für besondere Einrichtungen, welche aus den regelmäßigen Beiträgen nicht bestritten werden können.

§ 5.

Die Jahresbeiträge sind nach Maßgabe der im letztverfloßenen Jahre durchschnittlich beschäftigt gewesenen Arbeiterzahl, die dem Vorstände oder dem Kassensführer auf dessen Aufforderung binnen 8 Tagen anzugeben ist, für das laufende Jahr an den Kassensführer des Vereins zu bezahlen, sobald er dazu auffordert.

D.
Reservefonds.

§ 6.

Von den Jahresbeiträgen werden mindestens 5% so lange einem Reservefonds zugeführt, bis dieser die Höhe von 5000 M. erreicht hat. Auf Beschluß der Generalversammlung kann dem Reservefonds, so lange er die Maximalhöhe nicht erreicht hat, ein größerer Teil als 5% der Jahreseinnahme zugeführt werden.

Der Reservefonds wird in sicheren Staatspapieren oder bei einer Bank- oder Sparkasse verzinslich angelegt; die Zinsen werden ihm zugeschrieben, bis er die Maximalhöhe erreicht hat.

Der Reservefonds dient zur Deckung etwaiger Verbindlichkeiten bei Auflösung des Vereins oder sonst zur Erfüllung der Vereinszwecke, wenn die Generalversammlung dies beschließt.

E.
General-
versammlung.

§ 7.

In der ersten Hälfte jeden Jahres findet eine ordentliche Generalversammlung statt. Sie wird durch briefliche Einladung jedes einzelnen Mitgliedes durch die Post, unter Angabe der Tagesordnung, mindestens 3 Tage vor der Generalversammlung zur Kenntnis der Beteiligten gebracht.

Der Vorsitzende des Vorstandes, bezw. dessen Stellvertreter, ev. die übrigen Vorstandsmitglieder, je nach dem Jahresalter, führen den Vorsitz in den Generalversammlungen.

In der ordentlichen Generalversammlung sind folgende Geschäfte zu erledigen:

- 1) Rechenschafts-Bericht des Vorstandes über das verstlossene Jahr;
- 2) Bericht der Revisionskommission, sowie ev. Entlastungs-Erteilung;
- 3) Wahl einer Revisionskommission von zwei Mitgliedern;
- 4) Wahl von Vorstandsmitgliedern;
- 5) Beschlußfassung über Anträge des Vorstandes;
- 6) Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern, welche bis zum 15. Dezember des der Generalversammlung vorhergehenden Jahres schriftlich dem Vorstände mitgeteilt worden sind.

In wie weit nicht rechtzeitig angemeldete Anträge nach Erledigung der Tagesordnung zur Behandlung kommen können, entscheidet die Generalversammlung.

Anträge auf Satzungsänderung müssen unbedingt auf der Tagesordnung stehen, wenn darüber Beschlüsse gefaßt werden sollen. Jedes Mitglied hat in der Generalversammlung eine Stimme.

Wahlen erfolgen durch Stimmzettel; sie können in anderer Weise nur dann vorgenommen werden, wenn kein Widerspruch dagegen erhoben wird.

Bei Stimmengleichheit gelten Anträge als abgelehnt, bei Wahlen entscheidet das Loos.

§ 8.

Außerordentliche Generalversammlungen kann der Vorstand jederzeit einberufen. Er ist dazu verpflichtet, sobald 10 Mitglieder einen gemeinsamen schriftlichen Antrag dieserhalb bei ihm einbringen.

Die Bestimmungen für die ordentliche Generalversammlung gelten auch für die außerordentlichen.

§ 9.

Der Vorstand besteht aus 18 Mitgliedern, welche durch die ordentliche Generalversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt werden und bis zur Rekonstitutionierung des Vorstandes im Amte bleiben. Alljährlich scheiden 6 Mitglieder aus; für die beiden ersten Jahre entscheidet das Loos, später die Amtsdauer.

Beim Ausscheiden einzelner Mitglieder bilden die übrigen bis zur erfolgten Neuwahl den Vorstand.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer, sowie je einen Stellvertreter derselben, und einen Klassenführer.

Der Vorstand wird vom Vorsitzenden berufen und

ist beschlußfähig, wenn mindestens 5 Mitglieder anwesend sind;

er führt die sämtlichen Geschäfte des Vereins und kann für die Wahrnehmung der verschiedenen Vereinszwecke Ausschüsse bilden; für den unter Nr. II des § 1 genannten Zweck muß unter allen Umständen ein Ausschuß gebildet werden, die Geschäftsordnung für die Ausschüsse wird von diesen selbst unter Genehmigung des Gesamt-Vorstandes festgestellt;

er ist befugt, einen Vereins-Sekretär anzustellen und zur Ausführung der Zwecke des Vereins die ihm nötig erscheinenden Ausgaben aus den vorhandenen Mitteln zu bestreiten.

Bei Stimmgleichheit gelten Anträge als abgelehnt. Bei Wahlen entscheidet das Loos.

Der Vorsitzende des Vorstandes bezw. dessen Stellvertreter ist bevollmächtigt, den Verein vor Gericht zu vertreten.

§ 10.

Die Zustimmung der Generalversammlung ist erforderlich zu allen besonderen Einrichtungen, welche größere als die aus den regelmäßigen Beiträgen der Mitglieder zu Gebote stehenden Mittel in Anspruch nehmen.

§ 11.

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonders dazu berufenen Generalversammlung, in welcher mehr als die Hälfte der vorhandenen Mitglieder vertreten ist, beschlossen werden. Wird die Versammlung nicht beschlußfähig, so ist binnen Monatsfrist eine zweite Generalversammlung zu dem gleichen Zwecke einzuberufen, in welcher die Anwesenden mit einfacher Mehrheit entscheiden.

Das etwa bei der Auflösung vorhandene Vermögen soll den Zwecken gemäß Verwendung finden.

F.
Vorstand.

G.
Auflösung des
Vereins.

Auf Grund der vorstehenden Satzung trete _____ dem Fabrikanten-Verein für Hannover, Linden und die benachbarten Kreise hiermit bei.

_____ den _____